

Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion
 vom 27.09.2005
 eingegangen am 28.09.2005

Sitzung des Gemeinderates am 22.11.2005**TOP 6****Vorlage Nr. 452****Öffentlich X Nichtöffentlich** **verantwortlich: Dez. 1****Europaaktivitäten der Stadt Karlsruhe**

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Das Bürgermeisteramt empfiehlt dem Antrag wie folgt zu entsprechen:

zu 1: Die Stadtverwaltung wird dem Gemeinderat künftig alle 2 Jahre über ihre Europaaktivitäten berichten.

zu 2: Die Stabsstelle EURegKA informiert den Gemeinderat über ihre Tätigkeit in den Bereichen „Europa“ und „Regionale Beziehungen“ mit dem „Europabericht“ sowie dem „Tätigkeitsbericht der TechnologieRegion Karlsruhe“. Ein eigenständiger Tätigkeitsbericht der EURegKA wird nicht erstellt.

zu 3: Die Höhe der eingeworbenen EU-Fördermittel und deren Aufteilung auf die Sachbereiche wird im nächsten Europabericht enthalten sein.

zu 4: Der Aufbau einer eigenen, dauerhaften Repräsentanz in Brüssel wird weder von der Stadtverwaltung noch von der TechnologieRegion Karlsruhe GbR als sinnvoll bewertet.

zu 5: Eine Besetzung der bisher unbesetzten Personalstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter wird bis auf weiteres nicht vorgenommen.

Finanzielle Auswirkungen nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:

Ergänzende Erläuterungen

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) nein ja durchgeführt am Abstimmung mit städtischen Gesellschaften nein ja abgestimmt mit

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

Kurzfassung:

ZU 1:

Die Stadtverwaltung wird dem Gemeinderat künftig alle 2 Jahre über ihre Europaaktivitäten berichten. Der nächste Europabericht erfolgt im Frühjahr 2006.

ZU 2:

Die Stabsstelle EURegKA informiert den Gemeinderat über ihre Tätigkeit in den Bereichen „Europa“ und „Regionale Beziehungen“ mit dem „Europabericht“ sowie dem „Tätigkeitsbericht der TechnologieRegion Karlsruhe“. Über Projekte und projektbezogene Aufgaben, die im Verantwortungsbereich von EURegKA liegen, wird der Gemeinderat anlassbezogen durch das Bürgermeisteramt informiert. Ein eigenständiger Tätigkeitsbericht der EURegKA wird darüber hinaus nicht erstellt.

ZU 3:

Die Höhe der eingeworbenen EU-Fördermittel und deren Aufteilung auf die Sachbereiche wird im nächsten Europabericht enthalten sein.

ZU 4:

In jüngster Zeit wurden mehrere EU-Projekte durch städtische Dienststellen und Fachämter eingereicht bzw. befinden sich in Vorbereitung, so zum Beispiel „Magistrale für Europa –CentRail“ (EURegKA), „Change Cities“ (Wifö) sowie „Der Europäische Stadtbrief – 5-Länder-Konferenz 2006“ (Institut für Stadtgeschichte). Ferner wird derzeit am Projekt mit dem Arbeitstitel „Europäisches Haus der Gerechtigkeit“ und an einer Einrichtung einer Jean-Monnet-Professur an der Universität Karlsruhe gearbeitet (Dez.5).

Über die TechnologieRegion Karlsruhe GbR ist die Stadt Karlsruhe als Projektpartner zudem mittelbar in nachfolgende in Vorbereitung befindliche EU-Projekte eingebunden und beteiligt: „GREMIS“ und „Trans Culture“.

Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Präsenz der TechnologieRegion Karlsruhe GbR in Brüssel ist festzuhalten, dass eine schlagkräftige Positionierung der Stadt auf europäischer Ebene nur im regionalen Verbund möglich ist.

Der Aufbau einer eigenen, dauerhaften Repräsentanz in Brüssel wird weder von der Stadtverwaltung noch von der TechnologieRegion Karlsruhe GbR, bei anzusetzen-

den Kosten in Höhe von mindestens 200.000 Euro pro Jahr als sinnvoll bewertet. Dagegen sollen zeitlich befristete, aufgabendefinierte Aufenthalte in Brüssel als geeignetes und kosteneffizientes Instrument einer Vor-Ort-Präsenz eingesetzt werden. Eine Präsentation der TechnologieRegion Karlsruhe zur Profilschärfung als Forschungsregion befindet sich für das Jahr 2006 in Vorbereitung.

ZU 5:

Eine Besetzung der bisher unbesetzten Personalstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter wird bis auf weiteres nicht vorgenommen.

Aktuelle Sachlage:

Die kommunale Europaarbeit der Stadt Karlsruhe umfasst, wie bereits im Europabericht 2003 dargelegt, neben dem Einwerben von Fördergeldern bei der Europäischen Union insbesondere das breite Spektrum der kommunalrelevanten EU-Gesetzgebung. Die Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union beeinflussen in ganz erheblichem Ausmaß die kommunalen Handlungs- und Gestaltungsspielräume und können mit einschneidenden finanziellen Auswirkungen für die Kommunen verbunden sein.

Um im weiter verschärfenden Wettbewerb der Regionen bestehen zu können und die Position des Wirtschaftsraumes Karlsruhe in Europa insgesamt zu stärken, ist zudem die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der TechnologieRegion Karlsruhe sowie in der REGIO PAMINA und in der Region am Oberrhein insgesamt von herausragender Bedeutung für die Stadt Karlsruhe. Auch die Schaffung von Netzwerken und der Informationsaustausch auf europäischer Ebene wird im sich weiter ausdehnenden und zusammenwachsenden Europa immer wichtiger.

Vor dem Hintergrund, dass die Einflussnahme der EU auf die Kommunen gerade in den vergangenen Jahren noch weiter gewachsen ist und die Stärkung der grenzüberschreitenden Region von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt ist, lässt sich das europäisch ausgerichtete Tätigkeitsfeld der Stadtverwaltung im Allgemeinen und der „Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen“ (EURegKA) im Besonderen nicht auf das Einwerben von EU-Fördermitteln reduzieren. Für das Bürgermeisteramt ist es daher von zentraler Bedeutung, die be-

grenzten personellen Ressourcen von EURegKA für die grundlegende strategische Positionierung der Stadt in der Wirtschafts- und Forschungsregion TechnologieRegion Karlsruhe und am Oberrhein insgesamt zu nutzen.

Selbstverständlich werden durch die Fachdienststellen die Chancen einer europäischen Förderung von Projekten, die im Interesse der Stadt liegen, genutzt. Dabei werden vor dem Hintergrund der notwendigen finanziellen Ko-Finanzierung in Höhe von zumeist 50 % des Gesamtvolumens der Fördersumme sowie der ganz erheblichen zeit- und personalintensiven Vorbereitung der Anträge aber auch die Sinnhaftigkeit der Förderanträge im Rahmen einer Kosten/Nutzen-Analyse geprüft. In soweit werden zwischenzeitlich auch zahlreiche europäisch ausgerichtete Projekte der Stadt Karlsruhe durchgeführt, die nicht aus EU-Mitteln kofinanziert werden.

Die Stadt Stuttgart eignet sich aufgrund eines anderen Aufgabenspektrums in Bezug auf die kommunale Europaarbeit nur eingeschränkt zum Vergleich mit der Stadt Karlsruhe. So ist für die Stadt Karlsruhe aufgrund ihrer räumlichen Lage die unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Zweckverband REGIO PAMINA von besonderer Bedeutung. Ebenso ist für die Stadt Karlsruhe die Ausgestaltung des Oberrheins mit den Partnern in Frankreich und der Schweiz hin zu einer tatsächlichen Europäischen Metropolregion im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg von Interesse. Beides Aufgaben, die für Stuttgart aufgrund seiner geographischen Lage keine Rolle spielen.

Darüber hinaus ist im Gegensatz zu EURegKA die Stuttgarter „Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten, Städtepartnerschaften“ nicht mit der Geschäftsführung zur Koordination und Organisation der vielfältigen regionalen, interkommunalen Zusammenarbeit betraut. Im Weiteren nimmt EURegKA anders als die Stuttgarter Dienststelle für das Schieneninfrastrukturprojekt „Magistrale für Europa“, die Geschäftsführung für den Vorsitzenden der Initiative, Herrn Oberbürgermeister Fenrich, wahr.

Die Stadt Karlsruhe hat wie im Europabericht 2003 bereits aufgeführt, für einen ähnlichen Zeitraum wie im Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion angegeben, europäische Fördergelder in Höhe von über 2,7 Millionen Euro akquiriert.

Ausführungen zu den einzelnen Fragen im SPD-Antrag:

Zu 1:

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum von EURegKA sowie deren derzeitige Personalkapazitäten lassen eine jährliche Ausgabe des Europaberichts nicht zu. Aufgrund der Erfahrungen des Jahres 2003 erfordert die Erstellung eines Europaberichts bei EURegKA inklusive der hiermit im Zusammenhang stehenden Koordinierungsaufgaben einen erheblichen Personaleinsatz. Ein angemessenes und vernünftiges Verhältnis zwischen inhaltlicher Arbeit und Berichterstattung von EURegKA kann so bei einer jährlichen Berichtserstellung nicht mehr sichergestellt werden. Vor diesem Hintergrund wird die Stadtverwaltung dem Gemeinderat daher künftig alle 2 Jahre einen Europabericht vorlegen. Dies ist besonders aufgrund der zumeist mehrjährigen Laufzeit von EU-Projekten auch aus fachlicher Sicht wesentlich sinnvoller.

Der Europabericht stellt die Europaaktivitäten der Stadt Karlsruhe dar und umfasst aktuelle kommunalrelevante EU-Gesetzgebungsvorhaben ebenso wie europäische Projekte (mit/ohne EU-Finanzierung). Der nächste Europabericht ist in Vorbereitung und wird im Frühjahr 2006 dem Gemeinderat vorgelegt.

Zu 2:

Die Tätigkeitsschwerpunkte der Stabsstelle EURegKA sind die kooperative und interdisziplinäre Erarbeitung von Daten, Analysen, Strategien, planerischen und organisatorischen Konzepten sowie deren Aufbereitung für die Politikberatung.

Als unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnete Stabsstelle hat EURegKA neben ihren strategischen und steuerungsunterstützenden Aufgabenstellungen, darüber hinaus im Auftrag des Oberbürgermeisters Projekte und projektbezogene Aufgaben zu koordinieren und ggf. zu bearbeiten. Soweit diese unmittelbar in die Bereiche „Europa“ und „TechnologieRegion Karlsruhe“ fallen, wird der Gemeinderat über den Europabericht der Stadt Karlsruhe sowie über den Tätigkeitsbericht der TechnologieRegion Karlsruhe GbR unterrichtet. Über die sonstigen Projekte und projektbezogene Aufgaben wird der Gemeinderat anlassbezogen durch das Bürgermeisteramt informiert.

Ein eigenständiger zusätzlicher Tätigkeitsbericht der EURegKA wird darüber hinaus nicht erstellt.

Zu 3:

Die Höhe der eingeworbenen EU-Fördermittel wird im nächsten Europabericht enthalten sein. Eine Umfrage bei den Fachdienststellen ist bereits in Vorbereitung. Die Auswertung der Umfrage wird Gegenstand der nächsten städtischen Europa-AG sein.

Zu 4:

Aufgrund der Spezifika der Antragsverfahren lassen sich EU-Projekte in der Regel nicht detailliert langfristig planen. Der Zeitraum zwischen einem „Aufruf zur Projekteinreichung“ und der Frist zur Antragseinreichung im Rahmen eines bestimmten EU-Programms umfasst meist nur sechs bis acht Wochen. Derzeit kommt zudem hinzu, dass sich die Mitgliedstaaten der EU bisher nicht auf die Verabschiedung der finanziellen Vorausschau der EU für die Periode 2007-2013 einigen konnten. Daher gibt es derzeit keine verlässliche finanzielle Basis für die Dotierung und programmatische Ausrichtung der Förderprogramme in der nächsten Programmperiode. Auch die Fortführung der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang „alter“ EU-Binnengrenzen wie am Oberrhein (bisher INTERREG III A) ist noch ungeklärt.

In jüngster Zeit wurden mehrere EU-Projekte durch städtische Dienststellen und Fachämter eingereicht bzw. befinden sich in Vorbereitung, so z.B. das Schieneninfrastrukturprojekt „Magistrale - CentRail (Central Rail Link)“ unter Federführung von EURegKA und „Change Cities“, ein europäisches Stadtentwicklungsprojekt unter der Leitung der Wifö. „Der Europäische Stadtbrief – 5-Länder-Konferenz 2006“, ein bereits im Rahmen der Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europa“ entwickeltes Projekt, wurde vom Institut für Stadtgeschichte als nunmehr städtepartnerschaftliches Projekt in Brüssel eingereicht.

Ein weiteres Projekt der Stadt Karlsruhe mit europäischer Dimension, welches ebenfalls im Rahmen der Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europa“ generiert wurde, ist das „Europäische Haus der Gerechtigkeit“ unter der Federführung von Dezernat 5. In europäisch ausgerichteten Konferenzen soll mit Vertretern höchster Ge-

richte der EU-Staaten und Repräsentanten des europäischen Geisteslebens über gesellschaftlich relevante Themen diskutiert werden. Die zentralen Diskussionsveranstaltungen sollen von Kulturveranstaltungen begleitet und die Themen für die breitere Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden.

Weiterhin wird die Einrichtung einer Jean-Monnet-Professur am Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe geprüft. Kern der Professur könnte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der europäischen Wertediskussion sein. Ein entsprechender EU-Antrag für das Projekt soll 2006 eingereicht werden.

Über die TechnologieRegion Karlsruhe GbR ist die Stadt Karlsruhe als Projektpartner zudem mittelbar in die nachfolgenden in Vorbereitung befindliche EU-Projekte eingebunden und beteiligt: „GREMIS“ ein grenzüberschreitendes, internetgestütztes Mitfahrinformationssystem für die TechnologieRegion Karlsruhe und die Regio PAMINA sowie das grenzüberschreitende deutsch-französische Kultur-Internetportal „Trans Culture“ für den Oberrhein-Raum.

Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Präsenz der TechnologieRegion Karlsruhe GbR in Brüssel ist sich die Stadt Karlsruhe als Gesellschafter der TechnologieRegion Karlsruhe GbR mit allen anderen Gesellschafterpartnern einig, dass eine sinnvolle Positionierung des Wirtschafts- und Forschungsraums Karlsruhe auf internationaler Ebene nur im regionalen Verbund erreicht werden kann. Mit den Partnern in der TechnologieRegion Karlsruhe ist sich die Stadt Karlsruhe zudem einig, dass der Aufbau einer eigenen selbständigen und dauerhaften Repräsentanz in Brüssel nicht sinnvoll ist. Der mögliche Nutzen steht ohne gründliche und langfristige Vorarbeiten in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Kosten in Höhe von mindestens 200.000 Euro pro Jahr.

Als wesentlich zielgerichteter sieht es die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Partnern in der TechnologieRegion Karlsruhe an, deren Europakompetenzen und Europaaktivitäten zu bündeln und das vorhandene Know-how in europäischen Angelegenheiten in einem regionalen Europa-Netzwerk zusammenzuführen. Mit dem Arbeitskreis Europa der TechnologieRegion Karlsruhe hat ein entsprechendes Gremium auf regionaler Ebene bereits seine Arbeit aufgenommen.

Mit ihren Partnern in der TechnologieRegion Karlsruhe ist sich die Stadtverwaltung des Weiteren einig, anstelle einer eigenen dauerhaften und teuren Repräsentanz zeitlich befristete, aufgabendefinierte Aufenthalte in Brüssel als geeignetes und kosteneffizientes Instrument der Vor-Ort-Präsenz einzusetzen. Damit der so wichtige persönliche Informationsfluss gesichert werden kann, sollen die Kontakte zu den Partnern in Brüssel weiter intensiviert werden. An vorderster Stelle sind die Landesvertretung Baden-Württemberg und das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen aber auch weitere europäische Akteure zu nennen. Auch aus diesem Grund wird derzeit eine Präsentation der TechnologieRegion Karlsruhe in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel für das Jahr 2006 vorbereitet. Ziel der Präsentation ist, Karlsruhe und die TechnologieRegion Karlsruhe als europäische Forschungsregion vor dem Hintergrund des Lissabon-Prozesses weiter zu profilieren.

Zu 5:

Mit Einrichtung der dem Dezernat 1 unmittelbar unterstellten Stabsstelle EURegKA wurde im Zusammenhang mit dem Dezernatsverteilungsplan 2000 ein Steuerungsunterstützungsdienst für den Geschäftskreis Außenbeziehungen (Europa und Region) eingerichtet. Für einen Steuerungsunterstützungsdienst „Karlsruhe“ wurde zwischenzeitlich mit dem Projektteam „Karlsruhe Masterplan 2015“ eine eigene Einheit geschaffen. Eine Besetzung der dritten, bisher unbesetzten Personalstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter wird daher bis auf weiteres nicht vorgenommen.